

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piaolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Fachkräftemangel in den Pflegeberufen gezielt entgegenwirken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Gesamtkonzept zu erstellen, welches konkrete Maßnahmen enthält, mit denen gezielt der sich heute schon abzeichnende Fachkräftemangel im Pflegebereich beseitigt werden kann. Insbesondere soll dargelegt werden, wie die Ausbildungskapazitäten weiter ausgebaut und bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen im Pflegebereich geschaffen werden können. Eine deutlich höhere Bezahlung der Fachkräfte ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür.

Darüber hinaus ist der Schulgeldausgleich für alle Schülerinnen und Schüler der Altenpflege- und Altenpflegehilfe in voller Höhe sicherzustellen. Es sind unverzüglich konkrete Vorschläge zu entwickeln, wie die Ausbildung im Altenpflegebereich für die Auszubildenden in Zukunft kostenfrei gestaltet werden kann.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die volle steuerliche Absetzbarkeit der Pflegeaufwendungen, die zu Hause erbracht werden, eingeführt wird.

Über die bereits ergriffenen und auch zukünftig geplanten Maßnahmen für Bayern ist den Ausschüssen für Umwelt und Gesundheit und Soziales, Familie und Arbeit Bericht zu erstatten.

Begründung:

In Bayern zeichnet sich bereits heute ein dramatischer Mangel an ausgebildeten Fachkräften, insbesondere in der Altenpflege ab. In den nächsten Jahren wird der Bedarf an Pflegekräften noch deutlich zunehmen. Bei den Pflegeberufen werden bis zum Jahr 2030 in Bayern rund 68.000 Vollzeitbeschäftigte fehlen. Vor diesem Hintergrund brauchen die Schülerinnen und Schüler dieser Ausbildungsrichtung eine besondere Förderung. Um einen Anreiz zu schaffen, soll die Ausbildung kostenfrei gestaltet werden. Ein Schulgeld verhindert, dass die dringend gebrauchten Pflegekräfte ausgebildet werden.

Damit die häusliche Pflege auch zukünftig gesichert werden kann, ist die volle steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für diese Pflege sicher zu stellen.

Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Die Staatsregierung muss sich endlich der Verantwortung stellen und mit gezielten Maßnahmen Abhilfe schaffen.